

Der lange Weg zum Hamas-Verbot

Parallel zur Vereinbarung über die Feuerpause und den Geisel-Deal in Gaza will die offizielle Schweiz die Hamas als terroristische Organisation einstufen. Bis das Gesetz in Kraft tritt, dauert es aber noch.

Maja Briner

BERN. Erst ging es schnell: Vier Tage nach dem Massaker an israelischen Zivilisten fällte der Bundesrat den Entscheid, dass die Hamas als terroristische Organisation eingestuft werden soll. Offen blieb damals die konkrete Umsetzung. Die Regierung gab der «Taskforce Naher Osten» den Auftrag, die juristischen Optionen zum Verbot von Hamas zu prüfen. Danach blieb es einige Wochen ruhig.

Nun hat der Bundesrat beschlossen, wie er weiter vorgehen will. Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider und Aussenminister Ignazio Cassis präsentierten den Entscheid gestern Mittwoch den Medien: Der Bundesrat will bis Ende Februar einen Entwurf für ein Gesetz ausarbeiten lassen, um die Hamas zu verbieten.

Ein Verbot sei die angemessene Antwort auf die terroristischen Taten vom 7. Oktober, sagte Baume-Schneider. Das Verbot soll den Behörden die nötigen Mittel in die Hand geben, um gegen allfällige Aktivitäten der Hamas oder die Unterstützung der Organisation in der Schweiz vorzugehen.

Drei Ziele stehen laut Baume-Schneider im Vordergrund: die Stärkung der Strafverfolgung, die Verbesserung der präventivpolizeilichen Möglichkeiten und die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. «Das Verbot erschwert es der Hamas auch, die Schweiz als Finanzdrehscheibe zu nutzen», sagte Baume-Schneider. Finanzintermediäre – also beispielsweise Banken – müssten Geschäftsverbindungen mit Hamas-Bezug künftig zwingend melden. Heute gelte die Meldepflicht nur, wenn ein begründeter Verdacht auf Terrorfinanzierung vorliege.

Die SVP fordert mehr Tempo

Bis das Verbot in Kraft ist, dauert es allerdings: Der Entwurf für das Bundesgesetz soll wie erwähnt bis Ende Februar 2024 vorliegen. Danach folgt die Vernehmlassung, anschliessend berät das Parlament darüber. Die Tamedia-Zeitungen hatten vergangene Woche berichtet, Aussenminister Ignazio Cassis wolle den ordentlichen Gesetzgebungsprozess abkürzen.

Der Bundesrat entschied sich aber für das ordentliche Verfahren. Baume-Schneider betonte, es sei wichtig, die demokratischen Prozesse einzuhalten und beim Einsatz von Notrecht zurück-



Mahnwachen-Installation für die über 240 von der Hamas entführten Geiseln im Gazastreifen.

BILD KEY

haltend zu sein. Wenn das Parlament eine Beschleunigung wolle, könne es das tun, fügte sie an.

Was sagen Sicherheitspolitiker zum Vorgehen und zum Tempo, das der Bundesrat vorschlägt? Das Echo ist durchgezogen, wie erste Reaktionen am Mittwoch zeigten. Für SVP-Nationalrat Mauro Tuena, der derzeit die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats präsidiert, geht es zu langsam vorwärts. Man müsse grundsätzlich sehr zurückhaltend sein mit Notrecht, das stimme, betont er. «Aber in diesem Fall wäre es angebracht gewesen, rasch vorwärts zu machen. Wir wissen, dass Geldflüsse der Hamas über die Schweiz laufen. Deshalb braucht es rasch ein Gesetz.» Tuena verweist darauf, dass die Sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat sich beide bereits einstimmig für ein Verbot ausgesprochen haben.

Andere Sicherheitspolitiker und -politikerinnen halten das Vorgehen hingegen für richtig. «Es lohnt sich, den Gesetzgebungsprozess mit Bedacht durchzuführen und sich dafür die notwendige

Zeit zu nehmen», sagt Mitte-Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger.

«Das ist der richtige Weg», sagt auch FDP-Nationalrätin Maja Riniker. «Nach dem schrecklichen Angriff ist unbestritten, dass die Hamas eine terroristische Organisation ist.» Das Hamas-Verbot sei ein wichtiges Signal. Dass der Bundesrat das ordentliche Verfahren wählt, sei richtig, sagt Riniker. Sie schliesst indes nicht aus, dass das Parlament das Gesetz für dringlich erklären könnte.

SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf spricht von einem «Paradigmenwechsel». Zum ersten Mal verbiete der Bundesrat eine terroristische Organisation, ohne dass ein entsprechender Beschluss der UNO vorliege. Seiler Graf befürwortet den Entscheid des Bundesrats. «Die Schweiz muss die Hamas verbieten», sagt sie. «Und gerade weil es ein Paradigmenwechsel ist, ist es richtig, dass der Bundesrat den ordentlichen Weg wählt und nicht zu Notrecht greift.»

In der Vergangenheit sind mehrere Anläufe, die Hamas zur Terrororganisation zu erklären, im Parlament gescheitert – zuletzt im Juni 2022. Bundesrat und Par-

lamentsmehrheit argumentierten damals, ein solcher Schritt könne die Vermittlerrolle der Schweiz in der Region gefährden. Zudem fehle ohne entsprechenden Beschluss des UNO-Sicherheitsrats die rechtliche Grundlage. Der brutale Angriff am 7. Oktober hat die Haltung vieler Parlamentsmitglieder geändert.

Drei NGO zu suspekt

Wie der Bund gestern Mittwoch weiter bekannt gab, beendet er die Zusammenarbeit mit drei palästinensischen NGO. Die Verträge würden nicht verlängert, nachdem «Vertragswidrigkeiten» festgestellt worden seien. Welche NGO betroffen sind und was genau ihre Vergehen sind, gaben die Behörden nicht bekannt.

Patricia Danzi, Direktorin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, erklärte lediglich, man habe die Kommunikation von elf NGO genau analysiert und sei zum Schluss gekommen, dass drei NGO den Verhaltenskodex nicht erfüllten. Um welche Organisationen es sich handelt, werde erst später bekannt gegeben.

Feuerpause bringt kein Ende des Konflikts

Thomas Seibert

TEL AVIV. Noch vor dem Beginn der geplanten Feuerpause in Gaza heute Donnerstag verkündeten die Hamas und Israel ihre Entschlossenheit, den Krieg fortzusetzen: Die Finger ihrer Kämpfer «bleiben am Abzug», erklärte die Hamas; Israel bleibe bei seinem Ziel, die Hamas zu zerstören, sagte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu. Von Frieden redet niemand.

Ein erster Erfolg, vor allem für die Vermittler des Emirats Katar, ist die Feuerpause trotzdem. Mindestens 50 Geiseln der Hamas und 150 palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen sollen freikommen.

Und nach der Freilassung?

Schon bald wird sich die Frage stellen, wie es in Gaza weitergeht, wenn die mehr als 200 Geiseln der Hamas unter den ausgehandelten Bedingungen – Freilassung von zehn Geiseln für jeden zusätzlichen Tag Feuerpause – in Freiheit sind. Das könnte in wenigen Wochen der Fall sein. Glaubt man Netanyahu, wird Israel dann seinen Feldzug in Gaza fortsetzen.

Mittelfristig sieht es noch schwieriger aus. «Ich sehe keine Option für eine vernünftige politische Lösung», sagt der deutsche Nahostexperte Osman Bahadir Dincer. Israel bleibe bei seinem Ziel, die Hamas auszuschalten, sagte Dincer unserer Zeitung. Vertriebene Zivilisten könnten wegen der Zerstörungen und der israelischen Truppenpräsenz nicht in den Nordteil von Gaza zurückkehren.

Wer soll Gaza künftig regieren? Wer bezahlt den Wiederaufbau? Das bisherige Modell – Katar finanzierte mit Zustimmung Israels die Hamas-Verwaltung, um ein Mindestmass an Stabilität zu schaffen – hat den Krieg nicht verhindert. Eine Neuauflage dürfte für Israel unannehmbar sein.

Viele arabischen Staaten würden sich aus dem Gazaproblem am liebsten heraushalten. Dann bliebe da noch der Iran. Das Regime in Teheran hat zwar kein Interesse an einem regionalen Krieg. Doch als Todfeind von Israel wird die Islamische Republik weiter versuchen, den jüdischen Staat unter Druck zu setzen. Teheran wolle darum den Konflikt mit Israel unbedingt am Köcheln halten, sagt Nahostexperte Dincer.

Nachgefragt

«Diese Organisation hat keine Daseinsberechtigung»

Die Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats und Präsidentin des Schweizerischen Zivilschutzverbandes. Am Mittwoch hielt sie anlässlich des Jahresrapports der Schaffhauser Zivilschutzorganisation ein Referat in Schaffhausen. Im Interview mit den SN nimmt sie Stellung zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen.

Frau Riniker, heute hat der Bundesrat einige Entscheide zur Schweizer Sicherheitspolitik gefällt. Er will dem Parlament nun ein Gesetz über das Verbot der Hamas vorlegen. 2022 stimmten Sie gegen ein Verbot. Wie ist Ihre Meinung heute dazu?

Maja Riniker: Die Lage hat sich massiv verändert seit dem 7. Oktober. Für mich ist klar, dass eine Organisation, die barbarisch ganze Personengruppen auslöscht, keine Daseinsberechtigung hat. Der Angriff war ganz klar ein Terrorakt. Die Hamas ist eine Organisation, die sich darauf vorbereitet hat. Ich bin ja – wie auch Nationalrat Thomas Hurter – in der Sicherheitspolitischen

Kommission, in der wir kürzlich eine Motion verabschiedet haben, um die Hamas als terroristische Organisation einzustufen. Es ist gut, dass der Bundesrat das heute unterstützt hat.

War für Sie 2022 nicht klar, das die Hamas terroristische Akte begeht?

Riniker: Die Hamas war natürlich schon länger bekannt für ihre Gefährlichkeit und Unberechenbarkeit, das ist nichts Neues. Aber zu jenem Zeitpunkt hatte ich noch gehofft, dass die Schweiz eine andere Rolle einnehmen kann mit unseren guten Diensten. Das habe ich damals höher gewichtet. Jetzt sieht es anders aus.

Ebenfalls hat der Bundesrat die Ausfuhr von 25 Kampfpanzern nach Deutschland bewilligt. Dies ist auf Ihren Vorstoss zurückzuführen. Sollten nun weitere Lieferungen folgen?

Riniker: Das ist ein aussenpolitischer Entscheid, der sicher eine Signalwirkung hat, um den Nato-Partnern in Europa und Amerika aufzuzeigen, dass wir das, was im Rah-

men der gesetzlichen Gegebenheiten liegt, unternehmen, um einen indirekten Beitrag für die Ukraine zu leisten. Die Diskussion geht aber weiter.

In welche Richtung?

Riniker: Die Korrektur-Initiative (Anm. d. Red: Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer») setzt ja leider ausser Kraft, dass der Bundesrat über eine Ausnahmekompetenz verfügt, um Waffenlieferungsgesuche zu bewilligen. Deshalb wurde in letzter Zeit ja auch alles abgelehnt. Dieses Geschäft kommt nun im Dezember in den Nationalrat. Da geht es um direkte Lieferungen. Eine Idee, die wir ebenfalls bearbeiten, ist dass die Nichtwiederausfuhr-Erklärung nach gewisser Zeit abläuft. Denn: Wir müssen den europäischen Partnern zeigen, dass wir weiterhin ein verlässlicher Partner bei Waffenlieferungen sind.

In Genf will die Nato ein Verbindungsbüro einrichten. Ist das mit der Neutralität vereinbar?



«Wir müssen den europäischen Partnern zeigen, dass wir weiterhin ein verlässlicher Partner bei Waffenlieferungen sind.»

Maja Riniker
Sicherheitspolitikerin

Riniker: Das unterstütze ich völlig und sehe keine neutralitätsrechtlichen Schwierigkeiten.

Über Jahre dachte die Schweizer Politik, dass die Zeiten der Bedrohung vorbei seien. So wurden zum Beispiel Schutzräume in Einfamilienhäusern aufgegeben. Sollte sich die Schweiz wieder besser wappnen gegen kriegerische Zustände?

Riniker: In der Schweiz haben wir eine einzigartige Situation in Europa, denn wir haben eine überdurchschnittliche hohe Schutzplatzquote. Jeder Einwohner und jede Einwohnerin hat in der Schweiz sicher einen Schutzplatz. Wir haben mehr Plätze als Menschen, also eine Quote von über 100 Prozent. Wenn ein Ereignis einträte, stellen sich aber Fragen wie: Findet man den Platz? Ist er bereit? Funktionierte die Lüftung? Habe ich auch einen Schutzplatz am Arbeitsplatz? Diese Fragen müssen wir dringend anschauen.

Interview: Katrin Schreggenberger